

WOCHENRÜCKBLICK



Kirchenasyl: Rechtswidrige Parallelstrukturen beenden!

"Die nun vorliegenden Zahlen der Bundesregierung zum sogenannten Kirchenasyl offenbaren erneut das Ausmaß einer seit Jahren geduldeten rechtsfreien und damit rechtswidrigen Praxis. Allein im Jahr 2024 befanden sich nach Angaben des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bundesweit 2.966 Personen im Kirchenasyl, im Jahr 2025 waren es immer noch 2.254 Personen.

Gravierender aber ist die Zahl der Fälle, in denen während des Kirchenasyls die Überstellungsfrist nach der Dublin-III-Verordnung ablief und dadurch die Zuständigkeit auf Deutschland überging. 2024 waren dies 2.866 Personen, 2025 2.193. Damit wird faktisch in tausenden Fällen pro Jahr das europäische Zuständigkeitssystem ausgehebelt – mit Billigung der Behörden.

Es ist bezeichnend, dass die Bundesregierung selbst einräumt, die Dauer der Aufenthalte im Kirchenasyl nicht systematisch zu erfassen und nicht zu dokumentieren, ob der Zuständigkeitsübergang unmittelbar Folge des Kirchenasyls war. Diese lückenhafte Datenerhebung unterstreicht das strukturelle Vollzugsdefizit.

Das sogenannte Kirchenasyl hat keine gesetzliche Grundlage. Es steht im offenen Widerspruch zu geltendem Aufenthalts- und Asylrecht und unterminiert die Autorität staatlicher Entscheidungen. Wenn rechtskräftig ausreisepflichtige Personen durch eine faktische Aussetzung der Vollstreckung im Kirchenasyl verbleiben, wird der Rechtsstaat nicht nur geschwächt, sondern ad absurdum geführt.

Für die AfD-Fraktion ist klar: Wer kein Bleiberecht hat oder wessen Asylverfahren in einem anderen EU-Mitgliedstaat durchzuführen ist, muss unser Land verlassen. Eine Duldung rechtswidriger Parallelstrukturen lehnen wir entschieden ab."



Aktuelle Videos



Vortragsveranstaltung mit Hans-Georg Maaßen



STEPHAN
BRANDNER

Plenum deutscher Bundestag



STEPHAN
BRANDNER

Die nächsten Termine



Wahlkampfveranstaltung
am 06.03.2026, Stadthalle Sachsenhausen, 16 Uhr

Mit Stephan Brandner
MdB und stellv. Bundessprecher

AfD | Kreisverband
Waldeck-Frankenberg

BRANDNER KOMMT IN DEN WESTERWALD!



Nicole Höchst, MdB Stephan Brandner, MdB
Bernd Schattner, MdB Bailey Wollenweber,
Direktkandidat WK5

12.03.2026
Einlass 16:30 Uhr
Beginn 18:00 Uhr
Stadthalle, Jahnstraße,
56457 Westerburg

Anmeldung: afd-westerwald.de/brandner-kommt/

AfD



DR. MARC RUPPENTHAL SEBASTIAN MÜNZENMAIER STEPHAN BRANDNER CLAUDIA VON BOHR DR. JAN BOLLINGER MICHAEL BUGE

WAHLKAMPFVERANSTALTUNG
14. MÄRZ 2026 | EINLASS: 18 UHR | BEGINN: 19 UHR

Glückauf-Halle in Bundenbach
Schulstraße 25, 55626 Bundenbach

Anmeldung über Link: afd-birkenfeld.de
Begrenzte Platzkapazitäten!

WIR REGELN DAS **AfD** KREISVERBAND
BIRKENFELD

AfD hautnah!



Sebastian Münzenmaier Stephan Brandner
Bundestagsabgeordneter Bundestagsabgeordneter
Damian Lohr Ulrich Siegmund
Wahlkreis-Kandidat Spitzenkandidat Sachsen-Anhalt

SAMSTAG, 14. MÄRZ - 11:00 UHR
Gemeindehalle Börrstadt
Einlass ab 9:30 Uhr

 **BEGRENZTE PLATZKAPAZITÄT!**
Schnell anmelden unter:
www.alternative-rlp.de/boerrstadt

WIR REGELN DAS **AfD**

BÜRGERDIALOG BIESENTHAL



Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Matthäus Mikolaszek
AfD Landratskandidat für den Barnim

17. MÄRZ 2026 18:30 UHR
ORT: EIS MATSIRO
Bahnhofstr. 103a, 16359 Biesenthal

AfD



STEPHAN BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 25. Februar

Am Mittwoch standen in der Regierungsbefragung des Bundestages Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) den Abgeordneten aller Parteien Rede und Antwort. Stephan **Brandner** wollte z. B. wissen, was 15 Soldaten auf kurzzeitiger Erkundungsmission in Grönland bewirkt hätten. Pistorius sagte, es sei darum gegangen, wo man dort lagern, üben und unterkommen könne.

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die Fragestunde. Getrennt nach Ressorts beantworteten Vertreter der Bundesregierung 45 Minuten lang Fragen, die von den Abgeordneten vorab schriftlich eingereicht worden waren. Beispielsweise fragte der thüringische Abgeordnete Stefan Schröder (AfD) das Bundesfinanzministerium vor dem Hintergrund des Modells der Aktivrente, das zusätzliche finanzielle Anreize für das Weiterarbeiten über das Renteneintrittsalter hinaus vorsieht, weshalb selbstständige Erwerbstätige von diesem Instrument ausgeschlossen werden, „obwohl auch sie erheblich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen“.

Die AfD-Fraktion hat die Verwendung eines mit künstlicher Intelligenz (KI) generierten Videos in einem Beitrag der ZDF-Nachrichtensendung „heute journal“ über das Vorgehen der Einwanderungsbehörde ICE in den USA sowie einen fehlerhaften Bericht der ARD-„Tagesschau“ über den CDU-Parteitag am 20. und 21. Februar zum Anlass genommen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Bundestag die „bewusste Manipulation“ der Zuschauer vorzuwerfen. Der AfD-Abgeordnete Götz Frömming warf dem ZDF vor, die Zuschauer bewusst manipulieren zu wollen. Dies sind keine Pannen, sondern „vorsätzlicher Betrug“.

Der Bundestag hat am Mittwoch in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft“ beraten. Mit einer Gesetzesänderung will die AfD-Fraktion einem Missbrauch der Anerkennung von Vaterschaften entgegenwirken. Ihr Gesetzentwurf sieht dazu vor, dass die Ausländerbehörden in allen Fällen der Vaterschaftsanerkennung beteiligt werden, wenn ein Elternteil nicht deutscher Herkunft ist. Stephan **Brandner** sagte in seiner Rede dazu: „Aber auch dieses Thema zeigt: Wo die AfD ist, da ist vorne; denn es ist unser Thema, das wir bereits vor zwei Jahren hier eingebracht hatten. Da hätten Sie den Rechtsstaat schon herstellen können – vor zwei Jahren! Bereits im März 2024 hatten wir nämlich einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften eingebracht, und Sie alle – und die damals noch existente FDP – hatten dagegen geredet und ihn im Ausschuss komischerweise dann abgelehnt. Dabei war das Thema damals schon höchst brisant, und ein ‚Mister Cash Money‘ beherrschte die Schlagzeilen. Allein dieser ‚Mister Cash Money‘ hat dafür gesorgt, dass rund 100 Personen in Deutschland Bleiberecht bekommen haben und durch den Sozialstaat finanziert wurden. Wenn Sie unserem Antrag, unserem Gesetzentwurf, vor zwei Jahren zugestimmt hätten, wären dem deutschen Steuerzahler 300 Millionen Euro Schaden erspart geblieben. Ganz wichtig: Der Beweis – Vaterschaft ja oder nein – geht nur durch eine obligatorische DNA-Analyse. Die steht in unserem Gesetzentwurf drin, und sie muss kommen. Keiner wird dazu gezwungen. Aber wer sich dem entzieht, der kann auch nicht Vater von Kindern werden, die er anerkennen will.“

Der Bundestag hat am Mittwoch einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Wahlversprechen einhalten – Heizungsgesetz abschaffen“ beraten. Die AfD-Fraktion forderte die komplette Rücknahme des Gebäudeenergiegesetzes. Begründet wurde der Vorschlag mit „einem faktischen Neueinbauverbot von Öl- und Gasheizungen“.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 26. Februar

Aber der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag den Weg für das erste Bundes-Tariftreuegesetz frei gemacht. Damit müssen Unternehmen, die Aufträge des Bundes ausführen, ihren Arbeitnehmern tarifvertragliche Arbeitsbedingungen gewähren. Peter Bohnhof (AfD) sagte, es sei kein Tariftreue-, sondern ein Tarifanwendungszwangsgesetz. Daher lehne die AfD das Vorhaben ab. Das Gesetz sei ein Angriff auf die Tarifautonomie und schaffe neue Bürokratie. Kleine und mittlere Unternehmen würden noch mehr Bürokratie zu bewältigen haben. Kleinunternehmer und Start-ups würden so von staatlichen Aufgaben ausgeschlossen. Die AfD wolle Tarifverträge und Wohlstandslöhne, aber verhandelte Tarifverträge und echte Tarifautonomie ohne Staatszwang.

In einer Debatte über zwei Anträge zur Klima- und Energiepolitik, in denen die Grünen einen „Klimaturbo für Deutschland“ und die Linken „bezahlbaren Strom für die Menschen und das Klima“ fordern, kritisierten sie die Bundesregierung scharf und warfen ihr eine „verantwortungslose“ Klima- und Energiepolitik vor. Ingo Hahn (AfD) lehnte die Forderungen nach einem „Klima-Turbo“ ab. Wie das aussehen könne, hätten die drei Jahre Ampel-Regierung gezeigt: „Die Wirtschaft im Sinkflug, immer weiter steigende Preise und eine Deindustrialisierung, die unser Land in einen Ruin führt, während der globale CO₂-Ausstoß von Ihren Maßnahmen unbeeindruckt bleibt.“

„Effektive Kontrollen und Zurückweisungen an der Grenze durch Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage“ fordert die AfD-Fraktion in einem so betitelten Antrag. Christian Wirth (AfD) monierte in der Debatte, dass die von der Bundesregierung versprochene Migrationswende bislang ein „Trugbild“ geblieben sei. Im vergangenen Jahr habe es mehr als 168.000 Asylanträge gegeben. Rückgänge der Asylanträge seien nicht ein Verdienst der Bundesregierung, sondern das Ergebnis internationaler Entwicklungen. Bei allen anderen Fraktionen stieß die Vorlage auf klare Ablehnung.

In einer Aktuellen Stunde zum Thema „Verwandtenbeschäftigung bei AfD-Abgeordneten – Bereicherung auf Staatskosten vermeiden, rechtliche Konsequenzen ziehen“ warfen Redner von Union, SPD, Grünen und Linken der AfD eine dreiste Selbstbedienungsmentalität vor, die im Widerspruch zu ihren öffentlich bekundeten politischen Maßstäben stehe. Dr. Bernd Baumann (AfD) wies die Anschuldigungen strikt zurück, sprach von einer Kampagne und teilte hart gegen die übrigen Parteien aus. So hätten Recherchen ergeben, dass in der Vergangenheit allein im bayerischen Landtag etliche Abgeordnete von Union und SPD leibliche Väter und Mütter im eigenen Büro auf Steuerzahlerkosten eingestellt hätten. Baumann versicherte für die AfD-Bundestagsfraktion: „Bei uns sind alle Beschäftigungsverhältnisse legal. Es gibt rechtlich nicht das Geringste einzuwenden.“

„Technisierung statt Zuwanderung – Für einen leistungsfähigen Arbeitsmarkt“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion, den der Bundestag am Donnerstag erstmals beraten hat. Konkret verlangt die AfD von der Bundesregierung unter anderem, Sozialleistungen nach dem SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) für Zuwanderer an einen langjährigen Aufenthalt mit sozialversicherungspflichtiger und existenzsichernder Beschäftigung zu knüpfen, sodass eine direkte Zuwanderung in das Sozialsystem ausgeschlossen ist. Auch müsse ein am tatsächlichen Bedarf ausgerichtetes Einwanderungsrecht geschaffen werden. Einwanderung und Asyl müssten getrennt organisiert werden. Asyl solle politisch Verfolgten vorbehalten bleiben.



Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag, 27. Februar

Der Bundestag hat am Freitag, 27. Februar 2026, den Weg für die Reform des Europäischen Asylsystems freigemacht. So soll etwa über einen Teil der Schutzgesuche künftig schon an den EU-Außengrenzen entschieden werden.

Dr. Maximilian Krah (AfD) kritisierte dagegen die GEAS-Reform und ihre Umsetzung als „Mogelpackung“, die an dem „Problem einer unkontrollierten Zuwanderung durch faktisch offene Grenzen“ nichts ändere.

Die AfD-Fraktion will den Fokus der deutschen Rohstoffpolitik „stärker auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft statt auf klimapolitische Ziele“ ausrichten. „Die deutsche Rohstoffpolitik müsste eine Top-Priorität deutscher Realpolitik sein“, eröffnete Dr. Alexander Wolf für die einbringende AfD-Fraktion die Debatte im Bundestag. Wolf bezeichnete die Bilanz der Kanzler Dr. Angela Merkel (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Friedrich Merz (CDU) in diesem Bereich als „verheerend“. Dabei kritisierte er insbesondere den Atomausstieg. Kernenergie sei eine nachhaltige Form der Energieerzeugung. Der Ausstieg habe Deutschland in die „größte energiepolitische Abhängigkeit vom Ausland, auch von Russland“ gebracht.

Die Bundesregierung will Betroffene von häuslicher Gewalt besser schützen. So sollen Familiengerichte Gewalttäter zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verpflichten können. Ebenfalls in den Rechtsausschuss überwiesen wurde ein von der Fraktion Die Linke vorgelegter Antrag mit dem Titel „Für eine Gesamtstrategie zum Schutz vor häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt anstelle von isolierten Einzelmaßnahmen“.

Stephan **Brandner** sagte in seiner Rede Folgendes dazu: „Nicht an einer einzigen Stelle wird von Ihnen erwähnt, dass Frauenhäuser aus allen Nähten platzen und dass – Herr Merz brachte das vor einiger Zeit ins Spiel – Frauen, Töchter Angst haben, die Straßen zu betreten, Angst haben, Opfer zu werden, und das Tag und Nacht. Kein einziges Wort von Ihnen dazu. Deshalb ein paar Worte und Zahlen aus 2024 von mir dazu; aktuellere Zahlen gibt es noch nicht. Lediglich 36 Prozent der Frauen in Frauenhäusern haben die deutsche Staatsangehörigkeit. 64 Prozent der Frauen in Frauenhäusern sind mit anderen Worten Ausländerinnen, und das bei einem bundesweiten Ausländeranteil von lediglich 15 Prozent. Das heißt, ausländische Frauen sind massiv überrepräsentiert in vor akuter Gewalt schützenden Frauenhäusern. Weitere Zahlen aus den Statistiken: 788 Gruppenvergewaltigungen, über zwei pro Tag; und das war nicht schon immer so. Mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen sind Ausländer; auch hier massiv überrepräsentiert. Dazu sagen Sie nichts. 12.600 Frauen wurden Opfer einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wobei ein Tatverdächtiger Ausländer war. Und Sie sagen auch nichts dazu, dass 130 Frauen Opfer einer Straftat gegen das Leben wurden, bei der ein Tatverdächtiger Ausländer war. Warum verschweigen Sie das Ganze bei dieser Thematik? Wie kann man nur so scheinheilig sein und Stuhlkreise und Fortbildungen für Richter/-innen fordern und hier keinen einzigen Namen einer Frau nennen, die ihr Leben durch die massenhafte und chaotische Zuwanderung von Straftätern und Verbrechern nach Deutschland verloren hat. Jedes Opfer ist ein konkretes Opfer, ein reales Opfer in Deutschland. Dazu schweigen Sie. Tausende Familien wurden zerstört. Es gibt deutschlandweit inzwischen Dutzende Selbsthilfegruppen von Eltern abgestochener, ermordeter Kinder. Das ist das Ergebnis Ihrer aller Politik, außer der der Alternative für Deutschland. Zehntausende Opfer gehen auf Ihre Kosten. Unser Auftrag ist klar: Wir schulden den Opfern Konsequenz, keine Schlagworte, keine Stuhlkreise, keine Laberei, keine Fortbildungen. Wir schulden ihnen entschiedenes Handeln durch Abschiebungen und Mut zur Wahrheit. Das rettet Leben von Männern und von Frauen.“



STEPHAN
BRANDNER

Jugend und Parlament - Bewirb dich jetzt!

6.-9. Juni 2026

Wenn du zwischen 17 und 20 Jahre alt bist und
Interesse hast, am Planspiel „Jugend und
Parlament“ im Jahr 2026 teilzunehmen, sende
deine Bewerbung an
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



**STEPHAN
BRANDNER**

Zuschuss zur Klassenfahrt

Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD

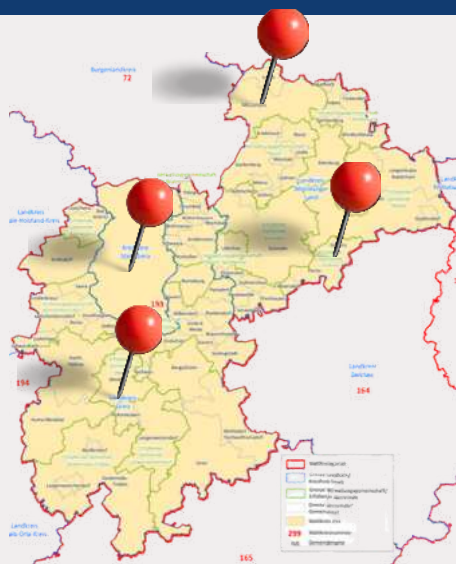


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
☎ Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

